

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magasinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Jehmms, Berlin O 27,
Magasinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. Grundpreis monatlich 2 Mk. mal Schlüsselzahl.
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechspaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Das Ergebnis von Cassel. — Die wichtigsten Beschlüsse und Entschlüsse der Casseler Generalversammlung. — Zur Reichstagswahl. — Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Cassel. — Gaufkonferenz. — Bekanntmachungen. — Manifest des organisierten Proletariats der deutschen Textilindustrie.

Das Ergebnis von Cassel.

Die bereits im vorigen Jahr fällig gewesene Generalversammlung hat endlich vom 16. bis 18. April stattgefunden. Eine gewaltige Arbeit ist innerhalb dieser drei Tage erledigt worden. Beschlüsse von grundlegender Bedeutung sind gefasst worden, die den Verbandsvorstand mit außergewöhnlichen Vollmachten ausrüsten, um den Verband gegen die organisationszerstörende und zersetzende Tätigkeit einer gewissen Opposition zu schützen.

Die 15. Generalversammlung in Cassel gestaltete sich zu einer scharfen Abrechnung mit den Kommunisten. Seit Jahr und Tag forderten die Kommunisten die Abhaltung der Verbandsgeneralversammlung. Die „Rote Fahne“, der „Rote Textilarbeiter“ und andere kommunistische Zeitungen drohten fürchterliche Abrechnung an. Die Verbandsbureaufratie, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale steht, sollte beseitigt, der Deutsche Textilarbeiter-Verband auf Moskau vereidigt werden. Die Träume der Moskauer blieben eitel. Trotz aller Vorbereitungen, die die Kommunisten getroffen hatten, um die Generalversammlung für die Moskauer Richtung festzulegen.

Da in der kommunistischen Partei für die nachgeordneten Organe jedes eigene Denken und jede eigene Geistesarbeit unerwünscht, vielleicht sogar gefährlich ist, weil das Moskauer Dreimännerdirektorium für alle denkt, genau so wie im früheren preussisch-deutschen Militärstaat aus der wilhelminischen Zeit, so waren die kommunistischen Delegierten dem höheren Befehle der kommunistischen Zentrale unterstellt und an die Weisungen derselben gebunden. Straff militärisch vertrat sie auf der Generalversammlung das Ergebnis der Moskauer „Denk- und Geistesarbeit“. Alles war genau vorgekaut, was sie zu tun hatten. Der bekannte günstige Wind hatte aber auch der „Verbandsbureaufratie“ das Moskauer Geistesprodukt zugeweht. Rücksichtslos wie nun einmal die „Verbandsbureaufratie“ ist, gab sie das „Geheimnis der Opposition“ der Generalversammlung preis, ohne jede Rücksicht auf die militärische Gebundenheit der kommunistischen Delegierten. Man kann sich nun leicht ein Bild davon machen, welche Wirkung die Kollegen Scholz und Haubold von den Kommunisten erzielten, wenn sie sich in die vorgeschriebenen sittlichen Entrüstungen ergingen.

In der „Roten Fahne“ für die Provinz Brandenburg schreibt A. Werner, „die Wahl des Vorstandes und des Beirats und des Ausschusses war eine in der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion abgetarnte Komödie“. Endlich kommt die Erkenntnis! Hoffentlich wirkt Werner im Sinne dieser Erkenntnis in der kommunistischen Partei. Es wäre dies ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Vielleicht erleben wir es dann noch einmal, daß in der kommunistischen Partei der subjektiven Geistesarbeit eine gerechte Würdigung zuteil wird und die jede freie Geistesaktivität unterbindende militärische Komödie ihr Ende findet.

Zu allem Ueberflus hatte die kommunistische Partei, die in der letzten Zeit auf Grund ihres verbandschädigenden Verhaltens ausgeschlossenen Delegierten nach Cassel kommandiert, damit sie versuchen sollten, an der Generalversammlung teilzunehmen. Aber alle diese Anstrengungen waren vergeblich, alle Hoffnungen sind zu Wasser geworden. Die Kommunisten befanden sich in einer hoffnungslosen Minderheit, die nicht einmal ausreichte, einem Antrag die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung zu sichern. Nur 56 Delegierte von 333 unterstützten die kommunistischen Anträge. Werner behauptet in der „Roten Fahne“, „daß durch Ausschluß oppositioneller Delegierter die Opposition als mitbestimmender Faktor und als starke Fraktion ausgeschaltet worden sei“. Wer mag Werner diesen Bären aufgebunden haben? Es sind ganze 14 kommunistische Delegierte aus dem Verband ausgeschlossen worden. Da 14 und 56 nur 70 ergibt, so reicht auch diese Zahl noch nicht aus, für einen Antrag die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung für dessen Beratung zu sichern. Das Wernerische Produkt in der „Roten Fahne“ ist ein Entschuldigungsgestammel für den Reinfall, den die Kommunisten auf der Generalversammlung der Textilarbeiter erlitten haben. Die Dinge haben sich eben ganz anders abgespielt, als wie sie die kommunistische Presse so siegestrunken ankündigte. Die Rollen waren vertauscht. Die Ankläger waren die Angeklagten. Nichts konnten die Kommunisten den schweren Anklagen und den wuchtigen Argumenten der Amsterdamer Richtung entgegensetzen. Stümper waren es, die die Moskauer Richtung auf der Generalversammlung der Textilarbeiter in Cassel zu vertreten übernommen hatten. Die geistige Abhängigkeit von Moskau wurde für sie zur tödlichen Niederlage. Cassel hat endlich einen scharfen Trennungsschnitt gezogen und der kommunistischen Hez- und Wühlarbeit ein Ziel gesetzt. Dieses war notwendig, um die Organisation nach innen und außen zu festigen. Es ist dies das Hauptergebnis der Tagung von Cassel.

Daß in Cassel schwere Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen werden mußten, die die Delegierten besonders in Bann hielt, zeigte schon, daß die Stadthalle, in welcher die Generalversammlung tagte, am 16. April früh, schon eine Stunde vor Beginn der Tagung voll besetzt war.

Am 15. April abends hatte die Casseler Filiale zu Ehren der Delegierten des Verbandstages einen Kommerz veranstaltet, der als wohlgeungelungen bezeichnet werden muß. Hervorzuheben ist vor allen Dingen die Begrüßungsrede des Gauleiters Edel-Cassel. Aber auch alle anderen Darbietungen fanden großen Beifall.

Der Kollege Hübsch begrüßt bei Eröffnung der Generalversammlung die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen, den Genossen Oberbürgermeister Scheidemann als Vertreter der Stadt Cassel. Dem Verstorbenen Kollegen Hanusch-Wien widmete er einen zu Herzen gehenden Nachruf, in welchem er die Verdienste des Kollegen Hanusch besonders in der internationalen Textilarbeiterbewegung würdigte.

Der Genosse Scheidemann begrüßte die Generalversammlung als Vertreter der Stadt Cassel. Scheidemann wies in seiner schwungvollen Rede darauf hin, daß man dem Feind gegenüber nichts erreichen kann, wenn man sich selbst bekämpft. „Seien Sie einig, in der Einigkeit liegt die Kraft“, so schloß Scheidemann seine mit großem Beifall aufgenommene Begrüßungsrede. Kollege Koscher-Reichenberg und Gell-Mühlhausen-Glück wiesen in ihren Begrüßungsreden besonders darauf hin, daß in ihren Ländern die Organisation der Textilarbeiter durch die kommunistische Tätigkeit besonders geschwächt worden sei. Der Kollege Fischer-Wien dagegen verwies darauf, daß sie in Oesterreich eine besondere kommunistische Partei nicht haben. Ihre Organisation sei deshalb schlagkräftig und sie hätten sich bisher in den Kämpfen gegenüber dem Unternehmertum und den Feinden der Republik behauptet. Diese Darlegungen zeigten der Generalversammlung recht drastisch, daß dort, wo die Kommunisten ihre zersetzende Tätigkeit ausüben, die Arbeiterschaft geschwächt ist. Der Genosse Müller, Vertreter des ADGB, stigmatisierte die Schwierigkeiten der Gewerkschaften in den letzten Monaten. Hübsch dankte der ausländischen Bruderorganisation für ihre finanzielle Hilfe, die sie dem Deutschen Textilarbeiter-Verband zuteil werden ließen in der Zeit der Bedrängnis.

Die Kommunisten stellten gleich zu Anfang der Generalversammlung eine Anzahl Geschäftsordnungsanträge. Unter anderem forderten sie, daß die Pressevertreter zugelassen werden sollen; die KPD. hatte allein 40 Pressevertreter entsandt. Sie verlangten ferner, daß ein Untersuchungsausschuß eingesetzt würde, der die vom Vorstand vorgenommenen Ausschüsse von kommunistischen Parteianhängern nachprüfen sollte. Aber alle diese Anträge fanden nicht die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung.

Den Geschäftsbericht erstattete der Kollege Jädel. Er entwarf in großen Zügen ein Bild der kapitalistischen Entwicklung während und in der Nachkriegszeit und zeigte, wie die Entwicklung der Arbeiterschaft die Form ihrer Kampfhandlung und Kampfstellung aufzwingt. Jädel verurteilte in scharfer Weise die vom Arbeitsministerium und vom gesamten Reichsministerium im Interesse des großkapitalistischen Unternehmertums gestützte Lohnpolitik.

Mit den Kommunisten rechnete er in scharfster Weise ab, so daß sie wiederholt laut brüllend aufschrien. Die Generalversammlung aber zwang sie zur Ruhe und so mußten sie ein wahres Strafgericht über sich ergehen lassen. Der Kollege Jädel sprach klar und deutlich aus, daß die bisherige zersetzende und zersetzende Tätigkeit der Kommunisten nicht mehr geduldet werden kann. Bis hierher und nicht weiter! Helle Empörung loderte auf als Jädel die Terror- und Gewaltakte der Kommunisten der letzten Jahre, — natürlich nur teilweise — aneinanderreichte. Mit stürmischem Beifall dankte die Generalversammlung dem Kollegen Jädel für seine Ausführungen.

Der Kollege Feinhals berichtete über die „Lohn- und Tarifpolitik“. Auch seine Rede zeichnete sich durch eine besondere Schärfe gegen die Kommunisten aus, die bisher jeden geregelten organisierten Kampf durch Generalstreikparolen zu stören versuchten. Feinhals wies die Verdächtigungen der Kommunisten, daß die Verbandsleitung die Arbeiterschaft nicht kämpfen lassen wolle, besonders zurück, und stellte dem die Tatsachen entgegen, daß 17 132 Bewegungen ohne Streiks mit 35 019 466 Beteiligten, 268 Angriffs-, 64 Abwehrstreiks und 61 Ausföhrungen mit 262 106 Beteiligten durchgeführt worden sind. Seine Kritik an den Kommunisten war geradezu herzerfrischend. Er machte mit ihnen eine Schlittenfahrt, bei der ihnen Hören und Sehen verging. Feinhals erntete stürmisches Beifall.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete Kollege Dressel den „Bericht über das Verbandsorgan“. Gegen die Schreibweise des Verbandsorgans lagen eine große Anzahl von kommunistischen Anträgen vor, die eine Verurteilung derselben verlangten. Dressel ging nur kurz auf die Angriffe der Kommunisten ein, da Jädel und Feinhals bereits das Notwendige gesagt hatten. Dem aus der Redaktion des „Textilarbeiters“ ausgeschiedenen Kollegen Wagner sprach er für seine Tätigkeit Anerkennung und Dank aus.

In der Entschlieung 1 und 2 und dem Manifest an die Textilarbeiterschaft Deutschlands, die wir an anderer Stelle des „Textilarbeiters“ zum Abdruck gelangen lassen, finden die Ausführungen Jädels und Feinhals ihren Niederschlag. In der Diskussion wurde die Arbeit des Verbandsvorstandes, ausschließlich der 56 kommunistischen Delegierten, anerkannt. Die Beschwerden der Kommunisten gegen die Schreibweise des „Textilarbeiters“ wurden zurückgewiesen. Die Kommunisten, die ausgiebig zum Wort kamen, fielen gegen die wuchtigen Anklagen der Amsterdamer Diskussionsredner glatt ab. Durch die Annahme der Entschlieung Linke, Runge und Genossen wurde das Vorgehen des Vorstandes gegen die Kommunisten gebilligt.

Das Statut hat eine grundlegende Aenderung erfahren. Vor allem sind die Machtbefugnisse des Vorstandes in weit höherem Maße vervollkommen worden. Es ist dies eine Notwendigkeit, die sich aus der Hez- und Wühlarbeit der Kommunisten ergibt. Der Vorstand hat den strikten Auftrag von der Generalversammlung erhalten, störende Elemente, die die statistischen Bestimmungen des Verbandes nicht beachten und diesen Bestimmungen entgegen-

arbeiten, aus der Organisation auszuschießen. Um die Organisation nach innen und nach außen zu festigen, damit sie den Kämpfen der Gegenwart gerecht werden kann, war dieses notwendig. Wer innerhalb des Textilarbeiter-Verbandes kämpfen will, muß die Satzungen des Verbandes anerkennen. Dies ist die erste Grundbedingung. Wir tasten dabei nicht die politische Ueberzeugung des einzelnen an.

Die Beschlüsse der Generalversammlung richten sich nicht gegen die Kommunisten als solche, sondern gegen deren Tätigkeit, die daraufhin ausgeht, innerhalb der Organisation eine Organisation aufzurichten, zu dem bestimmten Zweck, der Organisation entgegenzuarbeiten. Das Wirken der Kommunisten für ihre Idee wird dadurch nicht getroffen. Kollege Hübsch konnte deshalb auch in seinem Schlußwort ausführen: „Nicht ein Richtungsstreit, sondern ein Klärungsprozeß hat stattgefunden. Wir haben die Linie der Demokratie nicht verlassen, sondern auf dem Boden der Demokratie unsere Beschlüsse gefaßt. Der Verbandstag ist mit Ausnahme der 27 (die kommunistischen Stimmen verringerten sich während der Tagung auf 27) einig, daß man sich den Beschlüssen der Demokratie zu fügen habe. Unsere Organisation wird durch diese Beschlüsse in sich gefestigt und geschlossen. Es war notwendig durch die Generalversammlung die innere Geschlossenheit herzustellen. Sie hat uns die Waffe in die Hand gegeben, so zu arbeiten, wie es im Interesse der Organisation liegt. Auf dem bisherigen Boden und mit denselben Mitteln werden wir weiter arbeiten.“

Nach Dankesworten an die Casseler Kollegen fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

Die wichtigsten Beschlüsse und Entschlüsse der Casseler Generalversammlung.

Entschlüsse und Anträge zum Geschäftsbericht.

I.
Der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Cassel erkennt an, daß der Vorstand des Verbandes inmitten einer im wilden Fluße geschichtlicher Entwicklung stehenden Sturm- und Drangperiode, als welche die hinter uns liegende Geschäftszeit sich kennzeichnet, seine Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Textilarbeiterbewegung im besonderen getan hat. Er spricht ihm sein Vertrauen aus.

Der Verbandstag erkennt als vorläufiges Ergebnis dieser Sturm- und Drangperiode:

1. eine Vermehrung der Produktivkräfte der deutschen Kapitalistenklasse und eine Konzentration dieser Produktivkräfte in die Hände einer an Zahl erheblich kleiner gewordenen Schaar kapitalistischer Persönlichkeiten; eine Proletarisierung aller Schichten des Volkes, einschließlich vieler, aus der Vorkriegszeit überkommener, als kapitalistisch betrachteter Existenzen, sowie eine zunehmende Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft;
2. eine starke Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Kapitalistenklasse; eine immer stärker werdende Beherrschung der Staatsgewalt durch diese sich reaktionär betätigende Volkschicht und damit eine Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiterklasse als politischer Staatskraft; gleichzeitig damit aber nicht nur Enttäufung der Republik ihres im Interesse der weiteren Entwicklung Deutschlands notwendigen sozialen Inhalts, sondern auch eine Gefährdung der Republik selbst.

Der Verbandstag erkennt als Ursache dieser Entwicklung die durch die Kriegsfolgen und die Politik der Entente möglich gewordene, von starken Gewalten (Hansenstein-Hefferich-Stinnes) gewollte und geförderte, durch den rechtswidrigen Ruhrreinfall der Franzosen und die Ruhrpolitik der Cuno-Regierung auf die Spitze getriebene Inflation.

Er erkennt als weitere Ursache den in der organisierten Arbeiterschaft wütenden Bruderkampf, welcher die politische Kraft der Arbeiterschaft reduziert und die volle Einsetzung dieser reduzierten Kraft unmöglich macht.

Die Stärkung der Kapitalistenklasse und die Schwächung der Willen der Textilarbeiterschaft vorgenommenen Beseitigung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes als Folge kommunistischer Zersetzungsarbeit und die radikale Vererbung seiner Finanzkraft durch die Inflation gaben dem Unternehmertum und der in ihrem Banne stehenden Reichsregierung die Möglichkeit, Hand zu legen an den achtstündigen Arbeitstag.

Der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes erhebt gegen die, unter Ausnutzung einer Notlage der Gewerkschaften gegen den Willen der Textilarbeiterschaft vorgenommene Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages scharfsten Protest. Er protestiert dagegen als eine Maßnahme, welche die Produktivkraft der deutschen Volkswirtschaft schwächt und, wenn von Dauer, die Arbeiterklasse der Verelendung entgegenführt. Er macht sich die Beschlüsse des Verbandsbeirates vom 19. November 1922 zu eigen und verlangt Durchführung der dort aufgestellten Forderungen zum Zwecke der Produktionssteigerung.

Die deutsche Textilarbeiterschaft wird aufgefordert, schon jetzt durch Stärkung der Organisation und sonstigen Maßnahmen sich vorzubereiten auf die evtl. notwendig werdenden planmäßig organisierten Kämpfe um die Rückeroberung des Achtstundentages. Sie wird aufgefordert, alle von der Verbandsleitung empfohlenen Maßnahmen auf das genaueste durchzuführen. Der Verbandsvorstand wird ermächtigt, so bald wie möglich alle ihm zum Zwecke der Stärkung der Kampfkraft des Verbandes nötig erscheinenden Maßnahmen zu treffen.

II.

Der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes protestiert gegen die vom Arbeitsministerium in Zusammenarbeit mit dem großkapitalistischen Unternehmertum getätigte und vom gesamten Kabinett gestützte Lohnpolitik. In der regierungsseitig ausgeprochenen, von Schlichtern und Schlichtungsausschüssen entsprechend beachteten Behauptung, eine Erhöhung der niedrigeren Löhne der deutschen Arbeiter führe mit Notwendigkeit zu neuer Inflation, er blickt der Verbandstag eine bewußt im Interesse des Großunternehmertums ausgesprochene, der Wirklichkeit widersprechende Behauptung. Diese Behauptung als Grundlage der Schlie-

sprüche der Schlichtungsausschüsse und der Schlichter, sowie als Grundlage der Handlungen und des Verhaltens der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen, führt notwendig zur Verelendung der Arbeiterklasse, Verminderung der Arbeitsleistung und damit zur Schädigung der gesamten Volkswirtschaft. Die Vernichtung jedes Vertrauens der Arbeiterklasse zu den vorhandenen Schlichtungsstellen ist die Folge. Der Verbandstag fordert von der Reichsregierung, speziell vom Arbeitsministerium und den Schlichtungsstellen, Berücksichtigung der Interessen der notleidenden Arbeiterklasse und brandmarkt die Forderung des Finanzministeriums nach Ablehnung jeder Lohn-erhöhung und entsprechender Beeinflussung der Schlichter als unerhörten, dem Recht widersprechenden Eingriff auf die Unabhängigkeit der Schlichtungsstellen.

Der Verbandstag stellt fest, daß das Lohn- und Lebensniveau der deutschen Textilarbeiter weit unter das Niveau der Textilarbeiter des kontinentalen Auslandes gesunken ist. Es ist gesunken trotz fabelhafter Steigerung der Produktivkräfte der deutschen Großunternehmungen in den letzten Jahren.

Angesichts der auch von den Sachverständigen der Entente betonten Notwendigkeit, das Lebensniveau der deutschen Arbeiter auf gleicher Höhe zu halten, wie das Lebensniveau der Arbeiter des Auslandes, fordert der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes von der Reichsregierung, dem Arbeitsministerium, den Schlichtern und den Schlichtungsausschüssen dem Kampf der notleidenden Textilarbeiterklasse um Erhöhung ihrer Löhne nicht nur keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten, sondern diesen Kampf zu stützen.

Die Textilarbeiterklasse aber wird aufgefordert, ungehemmt und mit unbegrenzter Energie die innere Geschlossenheit der Organisation herzustellen durch Abstoßung aller zerstörenden am Verbandskörper mitleidenden Elemente, um zielklar und einig nach gewerkschaftlichen Grundsätzen dem Kampf um Erhöhung der Löhne und Erhaltung des neuerdings von den Unternehmern bekämpften kollektiven Arbeitsvertrages führen zu können. Zentralvorstand.

Der Verbandstag erneuert die zur Frage der kommunistischen Propaganda von der Generalversammlung zu Breslau gefassten Beschlüsse. Er stellt fest, daß eine Beachtung dieser Beschlüsse durch die in den kommunistischen Zellen besonders organisierten Mitglieder nicht zu verzeichnen ist, daß im Gegenteil durch eine Verschärfung jener von der Breslauer Generalversammlung verurteilten Kampfesweise die Aktionsmöglichkeit des Verbandes erheblich gestiegen, vielfach vollständig aufgehoben wurde.

Der Verbandstag bedauert die lange Zeit hindurch beobachtete Passivität des Vorstandes gegen diese Gefahren. Er heißt die in letzter Zeit erfolgten Ausschüsse kommunistischer Führer und sonstiger verbandsschädigender Oppositionsanhänger, sowie die weiteren Maßnahmen des Vorstandes ausdrücklich gut und fordert energisch:

Herstellung der Geschlossenheit des Verbandes und damit seiner Kampffähigkeit durch Unschädlichmachung aller im Sinne der sogenannten Opposition arbeitenden verbandsfremden Elemente. Linke, Runge und Genossen.

Antrag zur Frage des Industrieverbandes. Die Generalversammlung fordert den Vorstand auf, unverzüglich mit den in Frage kommenden Bruderverbänden zwecks Schaffung eines Industrieverbandes in Verbindung zu treten. Jüdel.

Antrag. Der Verbandstag in Cassel wünscht, daß, nachdem eine Stabilisierung der Währung eingetreten ist und Lohnverhandlungen nur in größeren Zeiträumen getätigt werden, mehr Gewicht als bisher auf die Schulung unserer weiblichen Mitglieder gelegt wird. Der Zentralvorstand soll Mittel und Wege finden, durch Beschäftigung der Bildungsstätten die Verwendung weiblicher Mitglieder zur Verbandsarbeit zu fördern. Auch wird der Zentralvorstand ersucht, auf den Beschluß des Breslauer Verbandstages zurückzukommen und das Arbeiterinnensekretariat besser auszubauen. Emma Ritche, Martha Strauß.

Entschließungen und Anträge zur Betriebsrätefrage. Der Verbandstag erklärt nach wie vor die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen des Verbandes für eine zwingende Notwendigkeit. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten sind demzufolge nur Vorschlagslisten des Textilarbeiterverbandes oder auf Grund getroffener örtlicher Vereinbarungen freigewerkschaftliche Vorschlagslisten des Ortsausschusses des ADGB und des Lafeldes aufzustellen. Vorschlagslisten politischer Parteien oder der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition sind von den Ortsverwaltungen abzulehnen. Die auf solche Listen gewählten Betriebsräte dürfen keine Funktion in der Organisation ausüben und sind als Funktionäre des Verbandes im Betriebsrat nicht zu betrachten. Ganz besonders scharf wendet sich der Verbandstag gegen die offen ausgesprochene Forderung des reaktionären Unternehmertums, die soziale Gesetzgebung, vor allem aber das noch nicht einmal fertiggestellte Arbeiterrecht, wieder abzuhauen.

In der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene Organisation die vereinigte Reaktion abzuwehren und die Rechte der Betriebsräte zu sichern und zu wahren vermag, fordert der Verbandstag: Das Betriebsrätegesetz ist im Sinne der Betriebsrätedemokratie zu verbessern und die im Artikel 165 der Reichsverfassung angeführten Besetze über Betriebsratsratsräte und des Reichswirtschaftsrates sind endlich zu verabschieden. Weiter fordert der Verbandstag neben der freiwilligen Ausgestaltung der vom Reichstag verabschiedeten arbeitsrechtlichen Gesetze, daß von Reich und Staats wegen eine umfassende Schulung der Betriebsräte durchgeführt wird, damit die Betriebsräte die ihnen durch Gesetz gestellten Aufgaben zu erfüllen imstande sind. Darüber hinaus ist von der Gesetzgebung zu fordern, daß den Betriebsräten im Aufsichtsrat außer der Vergütung ihrer sachlichen und persönlichen Aufwendungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen ermöglichen, sich die zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendige Literatur beschaffen zu können. Außerdem erwartet der Verbandstag, daß der Hauptvorstand auch in Zukunft von sich aus den Grundfragen des Verbandes gemäß für Aufklärung, Bildung und Schulung der Betriebsräte alles tun wird, was zu ihm in seiner Macht liegt. Schulze.

Antrag. Die zum 15. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes versammelten Delegierten erkennen auf Veranlassung der hier anwesenden Betriebsratsdelegierten an, daß Kollege Jung, Olfachsen, in ihrem Sinne in der letzten Nummer des „Textilarbeiters“ spricht. Die aus dem Betriebe entstammenden Kollegen, die in der über großen Mehrzahl Betriebsratsmitglieder sind, wissen aus Erfahrung, daß es unbedingt notwendig ist, die Reise der Betriebsräte zu fördern. Sie beantragen deshalb, daß diejenigen Betriebsratsmitglieder, die gemittelt sind, den Deutschen Textilarbeiter-Verband als geschlossene Masse dem Unternehmertum gegenüber nach wie vor zur Geltung zu bringen, im Sinne der Ausführungen des Kollegen Jüdel vom 15. April 1924 in Cassel weitergebildet werden. Nur gewerkschaftsförderndes Wissen der Betriebsräte kann uns vorwärts bringen. Kallich, Baugen, Apeit-Grünberg und Genossen.

Der Verbandstag erklärt nach wie vor die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen des Verbandes für eine zwingende Notwendigkeit. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten sind demzufolge nur Vorschlagslisten des Textilarbeiterverbandes oder auf Grund getroffener örtlicher Vereinbarungen freigewerkschaftliche Vorschlagslisten des Ortsausschusses des ADGB und des Lafeldes aufzustellen. Vorschlagslisten politischer Parteien oder der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition sind von den Ortsverwaltungen abzulehnen. Die auf solche Listen gewählten Betriebsräte dürfen keine Funktion in der Organisation ausüben und sind als Funktionäre des Verbandes im Betriebsrat nicht zu betrachten. Ganz besonders scharf wendet sich der Verbandstag gegen die offen ausgesprochene Forderung des reaktionären Unternehmertums, die soziale Gesetzgebung, vor allem aber das noch nicht einmal fertiggestellte Arbeiterrecht, wieder abzuhauen.

In der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene Organisation die vereinigte Reaktion abzuwehren und die Rechte der Betriebsräte zu sichern und zu wahren vermag, fordert der Verbandstag: Das Betriebsrätegesetz ist im Sinne der Betriebsrätedemokratie zu verbessern und die im Artikel 165 der Reichsverfassung angeführten Besetze über Betriebsratsratsräte und des Reichswirtschaftsrates sind endlich zu verabschieden.

Weiter fordert der Verbandstag neben der freiwilligen Ausgestaltung der vom Reichstag verabschiedeten arbeitsrechtlichen Gesetze, daß von Reich und Staats wegen eine umfassende Schulung der Betriebsräte durchgeführt wird, damit die Betriebsräte die ihnen durch Gesetz gestellten Aufgaben zu erfüllen imstande sind. Darüber hinaus ist von der Gesetzgebung zu fordern, daß den Betriebsräten im Aufsichtsrat außer der Vergütung ihrer sachlichen und persönlichen Aufwendungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen ermöglichen, sich die zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendige Literatur beschaffen zu können. Außerdem erwartet der Verbandstag, daß der Hauptvorstand auch in Zukunft von sich aus den Grundfragen des Verbandes gemäß für Aufklärung, Bildung und Schulung der Betriebsräte alles tun wird, was zu ihm in seiner Macht liegt. Schulze.

Antrag. Die zum 15. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes versammelten Delegierten erkennen auf Veranlassung der hier anwesenden Betriebsratsdelegierten an, daß Kollege Jung, Olfachsen, in ihrem Sinne in der letzten Nummer des „Textilarbeiters“ spricht. Die aus dem Betriebe entstammenden Kollegen, die in der über großen Mehrzahl Betriebsratsmitglieder sind, wissen aus Erfahrung, daß es unbedingt notwendig ist, die Reise der Betriebsräte zu fördern. Sie beantragen deshalb, daß diejenigen Betriebsratsmitglieder, die gemittelt sind, den Deutschen Textilarbeiter-Verband als geschlossene Masse dem Unternehmertum gegenüber nach wie vor zur Geltung zu bringen, im Sinne der Ausführungen des Kollegen Jüdel vom 15. April 1924 in Cassel weitergebildet werden. Nur gewerkschaftsförderndes Wissen der Betriebsräte kann uns vorwärts bringen. Kallich, Baugen, Apeit-Grünberg und Genossen.

Der Verbandstag erklärt nach wie vor die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen des Verbandes für eine zwingende Notwendigkeit. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten sind demzufolge nur Vorschlagslisten des Textilarbeiterverbandes oder auf Grund getroffener örtlicher Vereinbarungen freigewerkschaftliche Vorschlagslisten des Ortsausschusses des ADGB und des Lafeldes aufzustellen. Vorschlagslisten politischer Parteien oder der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition sind von den Ortsverwaltungen abzulehnen. Die auf solche Listen gewählten Betriebsräte dürfen keine Funktion in der Organisation ausüben und sind als Funktionäre des Verbandes im Betriebsrat nicht zu betrachten. Ganz besonders scharf wendet sich der Verbandstag gegen die offen ausgesprochene Forderung des reaktionären Unternehmertums, die soziale Gesetzgebung, vor allem aber das noch nicht einmal fertiggestellte Arbeiterrecht, wieder abzuhauen.

In der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene Organisation die vereinigte Reaktion abzuwehren und die Rechte der Betriebsräte zu sichern und zu wahren vermag, fordert der Verbandstag: Das Betriebsrätegesetz ist im Sinne der Betriebsrätedemokratie zu verbessern und die im Artikel 165 der Reichsverfassung angeführten Besetze über Betriebsratsratsräte und des Reichswirtschaftsrates sind endlich zu verabschieden. Weiter fordert der Verbandstag neben der freiwilligen Ausgestaltung der vom Reichstag verabschiedeten arbeitsrechtlichen Gesetze, daß von Reich und Staats wegen eine umfassende Schulung der Betriebsräte durchgeführt wird, damit die Betriebsräte die ihnen durch Gesetz gestellten Aufgaben zu erfüllen imstande sind. Darüber hinaus ist von der Gesetzgebung zu fordern, daß den Betriebsräten im Aufsichtsrat außer der Vergütung ihrer sachlichen und persönlichen Aufwendungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen ermöglichen, sich die zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendige Literatur beschaffen zu können. Außerdem erwartet der Verbandstag, daß der Hauptvorstand auch in Zukunft von sich aus den Grundfragen des Verbandes gemäß für Aufklärung, Bildung und Schulung der Betriebsräte alles tun wird, was zu ihm in seiner Macht liegt. Schulze.

Antrag. Die zum 15. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes versammelten Delegierten erkennen auf Veranlassung der hier anwesenden Betriebsratsdelegierten an, daß Kollege Jung, Olfachsen, in ihrem Sinne in der letzten Nummer des „Textilarbeiters“ spricht. Die aus dem Betriebe entstammenden Kollegen, die in der über großen Mehrzahl Betriebsratsmitglieder sind, wissen aus Erfahrung, daß es unbedingt notwendig ist, die Reise der Betriebsräte zu fördern. Sie beantragen deshalb, daß diejenigen Betriebsratsmitglieder, die gemittelt sind, den Deutschen Textilarbeiter-Verband als geschlossene Masse dem Unternehmertum gegenüber nach wie vor zur Geltung zu bringen, im Sinne der Ausführungen des Kollegen Jüdel vom 15. April 1924 in Cassel weitergebildet werden. Nur gewerkschaftsförderndes Wissen der Betriebsräte kann uns vorwärts bringen. Kallich, Baugen, Apeit-Grünberg und Genossen.

Der Verbandstag erklärt nach wie vor die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen des Verbandes für eine zwingende Notwendigkeit. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten sind demzufolge nur Vorschlagslisten des Textilarbeiterverbandes oder auf Grund getroffener örtlicher Vereinbarungen freigewerkschaftliche Vorschlagslisten des Ortsausschusses des ADGB und des Lafeldes aufzustellen. Vorschlagslisten politischer Parteien oder der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition sind von den Ortsverwaltungen abzulehnen. Die auf solche Listen gewählten Betriebsräte dürfen keine Funktion in der Organisation ausüben und sind als Funktionäre des Verbandes im Betriebsrat nicht zu betrachten. Ganz besonders scharf wendet sich der Verbandstag gegen die offen ausgesprochene Forderung des reaktionären Unternehmertums, die soziale Gesetzgebung, vor allem aber das noch nicht einmal fertiggestellte Arbeiterrecht, wieder abzuhauen.

In der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene Organisation die vereinigte Reaktion abzuwehren und die Rechte der Betriebsräte zu sichern und zu wahren vermag, fordert der Verbandstag: Das Betriebsrätegesetz ist im Sinne der Betriebsrätedemokratie zu verbessern und die im Artikel 165 der Reichsverfassung angeführten Besetze über Betriebsratsratsräte und des Reichswirtschaftsrates sind endlich zu verabschieden. Weiter fordert der Verbandstag neben der freiwilligen Ausgestaltung der vom Reichstag verabschiedeten arbeitsrechtlichen Gesetze, daß von Reich und Staats wegen eine umfassende Schulung der Betriebsräte durchgeführt wird, damit die Betriebsräte die ihnen durch Gesetz gestellten Aufgaben zu erfüllen imstande sind. Darüber hinaus ist von der Gesetzgebung zu fordern, daß den Betriebsräten im Aufsichtsrat außer der Vergütung ihrer sachlichen und persönlichen Aufwendungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen ermöglichen, sich die zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendige Literatur beschaffen zu können. Außerdem erwartet der Verbandstag, daß der Hauptvorstand auch in Zukunft von sich aus den Grundfragen des Verbandes gemäß für Aufklärung, Bildung und Schulung der Betriebsräte alles tun wird, was zu ihm in seiner Macht liegt. Schulze.

Antrag. Die zum 15. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes versammelten Delegierten erkennen auf Veranlassung der hier anwesenden Betriebsratsdelegierten an, daß Kollege Jung, Olfachsen, in ihrem Sinne in der letzten Nummer des „Textilarbeiters“ spricht. Die aus dem Betriebe entstammenden Kollegen, die in der über großen Mehrzahl Betriebsratsmitglieder sind, wissen aus Erfahrung, daß es unbedingt notwendig ist, die Reise der Betriebsräte zu fördern. Sie beantragen deshalb, daß diejenigen Betriebsratsmitglieder, die gemittelt sind, den Deutschen Textilarbeiter-Verband als geschlossene Masse dem Unternehmertum gegenüber nach wie vor zur Geltung zu bringen, im Sinne der Ausführungen des Kollegen Jüdel vom 15. April 1924 in Cassel weitergebildet werden. Nur gewerkschaftsförderndes Wissen der Betriebsräte kann uns vorwärts bringen. Kallich, Baugen, Apeit-Grünberg und Genossen.

Der Verbandstag erklärt nach wie vor die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen des Verbandes für eine zwingende Notwendigkeit. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten sind demzufolge nur Vorschlagslisten des Textilarbeiterverbandes oder auf Grund getroffener örtlicher Vereinbarungen freigewerkschaftliche Vorschlagslisten des Ortsausschusses des ADGB und des Lafeldes aufzustellen. Vorschlagslisten politischer Parteien oder der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition sind von den Ortsverwaltungen abzulehnen. Die auf solche Listen gewählten Betriebsräte dürfen keine Funktion in der Organisation ausüben und sind als Funktionäre des Verbandes im Betriebsrat nicht zu betrachten. Ganz besonders scharf wendet sich der Verbandstag gegen die offen ausgesprochene Forderung des reaktionären Unternehmertums, die soziale Gesetzgebung, vor allem aber das noch nicht einmal fertiggestellte Arbeiterrecht, wieder abzuhauen.

In der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene Organisation die vereinigte Reaktion abzuwehren und die Rechte der Betriebsräte zu sichern und zu wahren vermag, fordert der Verbandstag: Das Betriebsrätegesetz ist im Sinne der Betriebsrätedemokratie zu verbessern und die im Artikel 165 der Reichsverfassung angeführten Besetze über Betriebsratsratsräte und des Reichswirtschaftsrates sind endlich zu verabschieden. Weiter fordert der Verbandstag neben der freiwilligen Ausgestaltung der vom Reichstag verabschiedeten arbeitsrechtlichen Gesetze, daß von Reich und Staats wegen eine umfassende Schulung der Betriebsräte durchgeführt wird, damit die Betriebsräte die ihnen durch Gesetz gestellten Aufgaben zu erfüllen imstande sind. Darüber hinaus ist von der Gesetzgebung zu fordern, daß den Betriebsräten im Aufsichtsrat außer der Vergütung ihrer sachlichen und persönlichen Aufwendungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen ermöglichen, sich die zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendige Literatur beschaffen zu können. Außerdem erwartet der Verbandstag, daß der Hauptvorstand auch in Zukunft von sich aus den Grundfragen des Verbandes gemäß für Aufklärung, Bildung und Schulung der Betriebsräte alles tun wird, was zu ihm in seiner Macht liegt. Schulze.

Antrag. Die zum 15. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes versammelten Delegierten erkennen auf Veranlassung der hier anwesenden Betriebsratsdelegierten an, daß Kollege Jung, Olfachsen, in ihrem Sinne in der letzten Nummer des „Textilarbeiters“ spricht. Die aus dem Betriebe entstammenden Kollegen, die in der über großen Mehrzahl Betriebsratsmitglieder sind, wissen aus Erfahrung, daß es unbedingt notwendig ist, die Reise der Betriebsräte zu fördern. Sie beantragen deshalb, daß diejenigen Betriebsratsmitglieder, die gemittelt sind, den Deutschen Textilarbeiter-Verband als geschlossene Masse dem Unternehmertum gegenüber nach wie vor zur Geltung zu bringen, im Sinne der Ausführungen des Kollegen Jüdel vom 15. April 1924 in Cassel weitergebildet werden. Nur gewerkschaftsförderndes Wissen der Betriebsräte kann uns vorwärts bringen. Kallich, Baugen, Apeit-Grünberg und Genossen.

Der Verbandstag erklärt nach wie vor die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Rahmen des Verbandes für eine zwingende Notwendigkeit. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten sind demzufolge nur Vorschlagslisten des Textilarbeiterverbandes oder auf Grund getroffener örtlicher Vereinbarungen freigewerkschaftliche Vorschlagslisten des Ortsausschusses des ADGB und des Lafeldes aufzustellen. Vorschlagslisten politischer Parteien oder der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition sind von den Ortsverwaltungen abzulehnen. Die auf solche Listen gewählten Betriebsräte dürfen keine Funktion in der Organisation ausüben und sind als Funktionäre des Verbandes im Betriebsrat nicht zu betrachten. Ganz besonders scharf wendet sich der Verbandstag gegen die offen ausgesprochene Forderung des reaktionären Unternehmertums, die soziale Gesetzgebung, vor allem aber das noch nicht einmal fertiggestellte Arbeiterrecht, wieder abzuhauen.

Verbandsvorsitzende Kollege Karl Jüdel nicht an sicherer Stelle zum Reichstag kandidiert.

Der Verbandstag fordert vom ADGB, daß er künftig für seiner Bedeutung entsprechende parlamentarische Vertretung sorgt unter besonderer Berücksichtigung des Textilarbeiterverbandes.

Heinrich Richter, Wilhelm Lude, Hermann Linke, Robert Bunge, Aug. v. Berg, Ernst Rascher, Alfred Dobbert, Max Schaufuß, Fr. Häbler, Hermann Frieße, Else Berger, Gustav Richter.

Zur Reichstagswahl.

Es darf wohl mit Recht in Frage gestellt werden, ob auch nur ein kleiner Bruchteil des deutschen Volkes eine lebendige Ahnung davon hat, um was es sich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen handelt. Man ist verärgert, enttäuscht; also versucht man es mit einer anderen, möglichst extremen Partei; die Regierung und die „Parteiobozen“ sollen es nur sehen, daß man auch anders kann! So etwa ist die Stimmung bei Tausenden von deutschen Wählern. Sie wollen ihren höchst persönlichen Gefühlen und Entrüstungsempfindungen Luft verschaffen; sie sehen in dem Wahlorgane ein Ventil, durch das sie sich das Herz von vielem befreien können, was sie vier Jahre lang grimmig und zornig „hinuntergeschluckt“ hatten.

Wie gut wäre es, lebten wir noch in Zeiten, wo sich Wahlentscheidungen so, man möchte fast sagen, harmlos betrachten lassen und wo man mit Gemütsruhe dem nächsten Wahlentscheid entgegen sehen kann, der „schon wieder alles ins Geleise bringen wird“. Alle die Vorgänge und Ereignisse über die wir uns früher erregten, waren im Grunde doch nur Stürme im Wasserglase gewesen; wochenlang zitterte es damals in uns nach, wenn irgendwo ein Schuhmann eine Amtsüberschreitung begangen hatte. Jetzt aber greift fast jeder Entschluß, den unsere Reichsgewalten fassen, jede Unterlassung, die sie für gut befinden, bis zu den Fundamenten hinunter; fast jeder Tag stellt uns vor die erschütternde Frage des Seins oder Nichtseins unseres Reiches. Was gilt uns heute noch die Ausschreitung eines Postisten, heute, wo wir schwermütig feststellen, daß die Tätigkeit der ganzen Verwaltung einzelner Länder und fast der gesamten deutschen Justiz eine ununterbrochene, fortwährende Ausschreitung ist?

Wir sind so sorglos, so leichtsinnig fast, weil wir es uns gar nicht zum Bewußtsein bringen, wie die Situation unseres Reiches und Volkes eigentlich beschaffen ist. Machen wir kurz den Versuch, es uns nach Möglichkeit zu veranschaulichen.

Da ist zuerst in allgemein innen- und verfassungspolitischer Hinsicht zu sagen: wir gelten zwar noch formell als Republik und angeblich ist die Weimarer Verfassung noch immer in Kraft. Indes sind die demokratischen und republikanischen Mächte fast völlig an die Wand gedrückt. Die Waffen liegen in der Hand einer monarchisch gestimmten Reichswehr. Der Beamtenapparat sehnt sich nach dem Glanze einer mit Orden segnenden Majestät. Die Justiz bestraft republikanische Staatsgefeindungen und brandmarkt den Kampf gegen die monarchistische Reaktion als Landesverrat. Reichsminister befehlen sich zu Schwarz-weiß-rot und marschieren unter dem Zeichen des Hakenkreuzes zu Trauerfeierlichkeiten und nationalistischen Demonstrationen. Deutschland ist, alles in allem — wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ treffend bemerkt hat, — ein Kaiserreich ohne Kaiser; schon rüstet Tirpitz, einer der schuldvollsten Kriegsschürer, um die Reichspräsidenten zu erobern und sie als Statthalter zu gunsten der Hohenzollern zu mißbrauchen. Weite Teile des deutschen Volkes sind nationalistisch betäubt; Lessing hatte die Preußen als das „sklavischste Volk“ der Erde gekennzeichnet; es hat den Anschein, daß heute noch breitere Schichten des Volkes nichts mehr verabscheuen als die Freiheit.

In ihrem Kampf gegen die Republik war die Reaktion frevelvoll genug, die Klammern des Reichs zu zerstören. Die Autorität der Republik wurde untergraben, das Ansehen der Reichsregierung geschädigt, das Reichsgefüge geändert. Deutschnationale, Schwerindustrie, Separatisten arbeiteten hier Hand in Hand. Die Folge war, daß schließlich die Reichsregierung zum Schattengebilde wurde. Täuschen wir uns nicht: die Macht der Zentralgewalt ist äußerst gering; sie erträgt es, stillschweigend mißachtet und verhöhnt zu werden. Reichsgehalte gelten in Bayern nichts; die deutsche Rechts Einheit wurde zerbrochen, das deutsche Eisenbahnnetz ist in seiner Einheit von Bayern fast zerschlagen, Hochverrat am Reiche bleibt ungeführt. Der alte deutsche mittelalterliche Jammer ist wieder aufgestanden; Richtertumspolizei und Lokalpatriotismus führen das große Wort; die Zentralgewalt weicht Schritt für Schritt zurück. Das Reich ist nur wenig mehr als eine Illusion, als ein geographischer Begriff.

Die wirtschaftspolitische Entwicklung war so trübselig wie die innerpolitische. Einige Kartellkönige errasteten sich schrankenlos; sie plünderten den Mittelstand und die Arbeiterklasse aus und bereicherten sich, während die Massen und das Reich hoffnungslos verarmten. Sie warfen sich zu Herren der öffentlichen Meinung auf, kauften sich Parteien und zwangen den Staatsapparat zum Gehorsam. Ihre wirtschaftliche Gewalt diente ihnen dann dazu, den sozialpolitischen Rückschritt ins Werk zu setzen. Den armen, nach Licht, Sonne, Luft hungernden Proletariern wurde der Lichtstundentag geraubt, Arbeiterschutzesetze, die schütternen Ansätze der Betriebsdemokratie wurden abgebaut, die Löhne wurden unter das Existenzminimum gedrückt. Der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen wurde aufgenommen; die Arbeiterklasse soll zur form- und gestaltlosen Masse werden, um willenlos einer dünnen Unternehmerschicht ausgeliefert zu sein.

So sieht es im Reiche aus. Und um das Reich? Wer wundert sich, daß das Ausland eine Reichsregierung mit Berachtung behandelt, die von ihren eigenen Länderregierungen ungestraft beleidigt, geschmäht, verhöhnt wird? Die Stimme der deutschen Reichsgewalt hat kein außenpolitisches Gewicht mehr. Ausländer bestimmen deutsches Schicksal. Sie berufen Sachverständige zusammen, die Deutschlands Leistungsfähigkeit untersuchen, wie die deutschen Reichsregierungen zu schwächlich, mutlos, kläglich waren, um selbst die Führung der Reparationspolitik in eigene Hand zu nehmen. Das Gutachten dieser Sachverständigen ist gründlich; es erspart uns wahrhaftig nichts. Auf eine knappe Formel gedrängt sagt es: das deutsche Volk hat ungefähre 60 Jahre hindurch 8 bis 10 Prozent seines Gesamtinkommens als Tribut an die Siegermächte abzuführen. Im einzelnen beraubt es uns der Eisenbahn-, Währungs-, Kredit- und Finanzhoheit. Und so fürchtbar ist

unsere Lage, daß wir uns glücklich schätzen müssen, wenn sich alle Staaten zu diesem Gutachten bekennen und die loyale Durchführung gewährleisten. Bündnisse sind rings um Deutschlands Grenzen unter Frankreichs Schutz entstanden; ihr Zweck ist, in Deutschland einzurücken, Deutschland zu zertrümmern, sobald wir versuchen wollen, durch einen Revanchekrieg die Welt in Brand zu setzen.

Kann die deutsche Arbeiterklasse die Fortdauer dieses Zustandes wollen? Zerfällt mit dem Reiche nicht ihre Existenzgrundlage? Ist nicht gerade sie das Opfer aller politischer, wirtschaftlicher, sozialer Reaktion? Geht ein rechtsgerichteter Reichstag aus den bevorstehenden Wahlen hervor: dann wehe der Arbeiterklasse, wehe dem deutschen Volke, wehe dem Reiche! Im Innern werden die grobschlächtigen, kurzstirnigen, ungeistigen, brutalen Machtnarren ihr maßlos wütendes Regiment aufrichten, die uns mit Ekel und Ueberdruß erfüllt haben, als sie vor dem Münchener Volksgericht ihre Komödie aufführten, die — wie Helfferich und Luden-dorff, Tirpitz und Reventlow — einmal schon das deutsche Volk in ein Meer des Blutes und einen Abgrund des Unheils geführt haben. Von außen her aber wird ein Druck auf das Deutsche Reich und Volk einfallen, der vielleicht mahnwichtige Verzweiflungstaten heraufbeschwören, sicher aber zum endgültigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und des deutschen Reichsbaues führen wird. Der letzte Hoffnungs-schimmer auf deutschen Wiederaufstieg wird verbleichen; Tod, Verderben, Untergang bricht über uns herein.

Darum geht es bei der nächsten Reichstagswahl. Wir brauchen einen Reichstag, der sich auf die Kunst des Möglichen versteht, der aus dem Verständnis für Deutschlands schwache politische Stellung heraus, mit Vorsicht, aber auch mit Tatkraft das Notwendige, auch wenn es bitter und hart ist, zu tun vermag. Wir brauchen einen Reichstag, der das Reich erhält und festigt, die Republik schützt, übermütigen Industrieherzogen die Zügel anlegt, Heer und Verwaltung mit demokratischem Geist erfüllt und das Vertrauen des Auslandes findet. Keine Extreme, weder links noch rechts, werden dergestalt Politik zu treiben wüßten. Sie wollen zerschlagen, nicht aufbauen. Keine der bürgerlichen Parteien ist dieser Aufgabe gewachsen. Sie wollen verdienen, nicht das Wohl der Allgemeinheit fördern. Nur eine Politik, die bestimmt ist von sozialer und demokratischer Gesinnung, wird dieser friedbaren inneren, äußeren, wirtschaftlichen und sozialen Politik fähig sein, dieser Politik des Wiederaufstiegs und der Gesundung unseres Reiches und Volkes.

Geliebt von dieser Erkenntnis und getragen von dem Gefühl der Verantwortung für unsere Zukunft wird kein Textilarbeiter und keine Textilarbeiterin am 4. Mai der Wahlurne fernbleiben; trotz mancher gelegentlicher kritischer Anmerkungen wird aber auch kein Arbeiter und keine Arbeiterin zögern können, der Trägerin sozialer und demokratischer Geistes, der Sozialdemokratie, dabei die Stimme zu geben.

Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Cassel.

Vormittags-Sitzung.

Nach 9 Uhr vormittags eröffnete der Zentralvorsitzende H. Fischer den Verbandstag. Er begrüßte die Vertreter der ausländischen Bruderverbände sowie den Genossen Scheidemann als Vertreter der Stadt Cassel, im weiteren Gedächtnis er dann nach der Verstorbenen, besonders des alten Kameraden Hanusch-Wien.

Hierauf begrüßte Genosse Scheidemann im Namen seiner Vaterstadt Cassel die Generalversammlung. Er hätte den Verbandstag lieber in einer schöneren Zeit willkommen heißen mögen, in schönerer Zeit, was die Natur, als auch, was die Politik anbelange. Er freute sich aber, Frauen und Männer begrüßen zu können, die für die Zeitverhältnisse ein richtiges Verständnis besäßen. Genosse Scheidemann erinnerte daran, wie er vor 40 Jahren mit so vielen anderen Arbeitern seine Vaterstadt Cassel verlassen mußte, um auf die Wanderschaft zu gehen. Man könne es daher begreifen, wie es ihn gefreut habe, nach 40 Jahren als Oberbürgermeister in seine Vaterstadt zurückzukehren. Der Oberbürgermeister hob dann die Macht hervor, die sich die deutschen Arbeiter errungen, und die Ohnmacht, in die sie wieder zurückgeworfen worden seien. Die Hoffnungen der Unternehmer, die Gewerkschaften niederzuwerfen, dürften sich nicht erfüllen; aber um den Kampf gegen ihre Feinde auszuweichen zu führen, müsse die Arbeiterklasse einig sein. Die Worte Scheidemanns wurden mit großem Beifall aufgenommen.

In Namen der Casseler Textilarbeiter begrüßte Genosse Kolbe die Generalversammlung, worauf von den ausländischen Gästen Roscher (Tschechoslowakei), Gell (Mühlhausen im Elsaß) und Fischer (Wien) die Grüße ihrer Organisationen überbrachten und den Verhandlungen des Verbandstages den besten Erfolg wünschten. Stillehich sprach noch Genosse Müller im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Gewerkschaftsbewegung stände wieder im Aufbau, und wenn die Arbeiter sähen, daß wieder Erfolge errungen würden, dann würden die Gewerkschaften auch über die kommunistischen Versuche, sie von innen heraus zu zerpflücken, hinweg sein. Der Gesundungsprozess der Gewerkschaften habe eingesetzt und dürfe nicht gestört werden. Wenn man diesen Gesundungsprozess feststelle, dürfe man natürlich auch nicht die Schwierigkeiten übersehen, die ihm von der Regierung und dem Unternehmertum entgegengestellt würden. Dieser Widerstand müsse gebrochen werden, und dazu sei Einigkeit notwendig. Hier müsse man sich durchaus der Mahnung des Casseler Oberbürgermeisters anschließen.

Unter Ablehnung verschiedener Versuche der wenigen kommunistischen Teilnehmer, erregte Debatten an den Haaren herbeizuziehen, wurde die Geschäftsordnung gegen wenige Stimmen angenommen und mit derselben großen Mehrheit das Bureau und die Mandatsprüfungskommission gewählt. (Fortsetzung folgt.)

Gaulkonferenz.

Die Gaulkonferenz für den Gau Berlin findet am Sonnabend, den 21. Juni, und Sonntag, den 22. Juni 1924 in Burg bei Mauthausen statt. Tagesordnung, Tagungsort und Delegiertenzahl werden Mitte Mai durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Mitgliederversammlungen. Dienstag im Monat zwangloses und gefelliges Beisammensein aller in der Städterei Beschäftigten bei Schulz, Stallschreiberstraße 29.

Berlin. Städer. Jeden letzten Dienstag im Monat Funktionärsversammlung und jeden zweiten

Manifest

des organisierten Proletariats der deutschen Textilindustrie.

Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern, schließt die Reihen! Begrabt die Streitart und seid einig!

Gouvernd, mit grimmem Haß die Blicke auf euch gerichtet, umsteht euch der Feind und freut sich seiner Ernte ob eurer Zerfleischung.

„Die Gewerkschaften müssen zerstört werden!“ So rief mit katonischem Haß der Vorsitzende der rheinischen Arbeitgeberverbände im Kaiseraal zu Elberfeld, und tausendfach gab den Ruf das Echo wieder.

„Die Gewerkschaften müssen, so wie sie sind, zerstört werden, sobald das Interesse der kommunistischen Internationale es gebietet!“ So rufen die Komintern von der anderen Seite, und tausende betörter Proletarier sprechen es nach. Sie sprechen es nach und merken es nicht, wie sie Schritt für Schritt den Boden ebnen für eine immer stärker werdende Reaktion.

Im Bruderkampf des Proletariats blüht der Weizen eurer Feinde. In blutigem Kampfe mit der Waffe in der Hand stand in den Dezembertagen 1918, in den Januar- und Märztagen 1919 und später noch im weiten Deutschen Reich der Proletarier gegen den Proletarier. Der Feind blieb ungeschoren und er erholte sich von den Schlägen, die der Zusammenbruch des alten Systems ihm versetzt hatte. Er nutzte die Zeit, und die Umstände verschafften ihm pralle Muskeln und Wangen.

Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern! Lernet erkennen die Zeichen der Zeit! Mit unserer ganzen Kraft kämpften wir gegen den mörderischen Krieg. Tausende unserer Schwestern blühten wie die Brüder im Felde mit ihrem Leben in Pulverfabriken, in Munitionsfabriken, oft fern von der Heimat, die Schuld der anderen. Rücksichtslos brandmarkten wir gemeinsam die kolossale Bereicherung Weniger in und aus der Not des Vaterlandes, die das alte System bedenkenlos zuließ!

Schon damals sahen wir — und machten darauf aufmerksam — die beginnende großzügige Konzentration des Kapitals, die in automatischer Fortsetzung heute in gigantischen Gebilden der Industrie vor uns steht. Erkennt das, was im wilden Fluße geschichtlicher Entwicklung in einer Periode des Sturmes und des Dranges unter den geschilderten Umständen sich herausbilden mußte, als ökonomische Notwendigkeit.

Ins Riesenhafte hatte der Krieg die Industrien, welche für ihn tätig waren, ausgedehnt. Ganz besonders die schwere Industrie hatte durch die Ausnützung der belgischen und anderer Werke riesige Kapitalien aufgehäuft. Hieraus flossen die Mittel, womit nach Ende des Krieges der Ausdehnungsdrang des kapitalistischen Großunternehmertums befriedigt wurde. Ganze Branchen und ganze Industrien legte man zusammen zu einem Unternehmen.

Die Inflation,

im Kriege schon entstanden, nach dem Krieg von großen Kapitalisten gewollt und gefördert und durch die Politik der ausländischen Reaktionäre und Militaristen schließlich im vorigen Jahre auf die Spitze getrieben, setzte den Prozeß der Konzentration fort durch Proletarisierung aller Schichten des Volkes und durch Entwertung auch der kleinsten Sparguthaben der Arbeiter.

So stellt sich die gewaltige Kapitalkonzentration dar als geschichtlich bedingte Phase der Entwicklung, die in ihrer Wirkung für das Proletariat zu mildern oder aufzuheben das Proletariat durch Bruderkampf und mangelhafte intellektuelle Vorbereitung verhindert wurde.

Dem intellektuell vorbereiteten Proletariat wird die Konzentration der produktiven Kräfte und die Stinnesierung der Produktion die Grundlage sein für die Weiterentwicklung der Wirtschaft zugunsten der Allgemeinheit.

Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern! Was geschichtlich bedingt ist, kann nicht das Werk einzelner Menschen und die Folge einer guten oder schlechten Taktik sein. Was sich geschichtlich bedingt im Fluße der Entwicklung als neues Wirtschaftsglied anschließend an das vorhandene ergibt, ist ökonomische Notwendigkeit, und das neue Glied wird geformt von derjenigen Klasse, welche die Möglichkeiten und die Voraussetzung für diese Formung in sich selbst entwickelt hat und entwickeln konnte. Gleichviel, welche Klasse aber auch dieses neue Glied schafft, es ist ein

Stück Entwicklung, welche hinweist auf eine höhere Organisation der Wirtschaft. Indem die von sozialem Inhalt erfüllte demokratische Republik die Möglichkeiten und Voraussetzungen schafft, wird das Proletariat die konzentrierten Branchen und Industrien des organisierten Kapitalismus herausheben aus der Beherrschung durch eine kleine Zahl von Industriemagnaten und sie nutzbar machen der Gesamtheit.

Wenn das, was geschichtlich bedingt ist, nicht die Folge irgendeiner Taktik sein kann, dann fallen jene wilden und rohen Beschimpfungen, mit welchen die Gewerkschaften und ihre Leitungen, vor allem der Deutsche Textilarbeiter-Verband, von gewissenlosen und oft unwissenden Feinden des alterproben Verbandes belegt werden, in sich zusammen.

Proletarier der Textilindustrie, durchschaut endlich die wahren Pläne und Absichten der Drahtzieher jener sogenannten kommunistischen Opposition. Es ist der Rückfall in eine Kinderkrankheit, wenn tausende ehrlich strebende Proletarier sich hergeben zu Henkersknechten ihrer eigenen Klasse. Es ist der Rückfall in eine Kampfmethode, die vor mehr als zwei Menschenaltern von dem Russen Bakunin in ganz Europa angewandt und von keinem geringeren als Karl Marx mit Aufgebot seiner ganzen gigantischen Kraft bekämpft wurde. Aufstände loderten auf, Blutvergießen allüberall in Europa; das war die Methode Bakunins und Niederlagen um Niederlagen bezeichneten seinen Weg.

Bewaffnete Aufstände und Blutvergießen allüberall in Deutschland, einer dem andern folgend, bis zum Oktoberaufstand vergangenen Jahres in Hamburg, das ist die Kampfmethode der in den Gewerkschaften zu Zellen zusammengeschlossenen Kommunisten, und Niederlagen um Niederlagen der Arbeiterklasse bezeichneten den Weg. Tausende Arbeiter wurden getötet, tausende gefangen genommen. Die Arbeiterklasse als Ganzes aber wird schwächer und schwächer.

Die Reaktion wird gestärkt.

Alle Erfahrung zum Troß geht es zur höheren Ehre der kommunistischen Moskauer Internationale und auf ihre Befehle weiter in dem verbrecherischen Treiben.

In der Zeit der größten Not des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes und in der größten Not der Gewerkschaften in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres verleumdete man im Ausland die deutschen Verbände und warnte, wie in Amerika und der Schweiz, den deutschen Verbänden finanzielle Hilfe zu leisten. Man stellte die lügnerrische Behauptung auf, die deutschen Gewerkschaften stünden im Solde der Unternehmer und alles Geld, welches man gäbe, käme den Unternehmern zugute.

Zu gleicher Zeit propagierte man in zahlreichen Filialen des Verbandes die Beitragsperre.

Hunderte Betriebsräte und viele Mitgliederversammlungen erhielten fertige von den Kommunisten verfaßte Resolutionen, welche zur Annahme empfahlen und auch tatsächlich angenommen wurden.

So wollte man dem verhassten Textilarbeiter-Verband durch Entziehung der Mittel den Garaus machen. In unerhörtem Zynismus wurde in den kommunistischen Zeitungen der „Bankrott“ des Textilarbeiter-Verbandes dem aufstrebenden Unternehmertum denunziert.

Zu gleicher Zeit zettelte man allüberall im Reich wilde Streiks an, um das Chaos im Verband und schließlich seinen Zusammenbruch herbeizuführen.

Die herrschende Not schuf den Fridolinen Moskaus günstigen Boden.

Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern! Das frivole Spiel ist nicht gelungen.

Wohl ist eure Organisation geschwächt, aber sie selbst und ihr Banner stehen auf granitem Boden. Der achtstündige Arbeitstag ging verloren. Einen systematischen Kleinkrieg gegen seine Beseitigung zu führen, wurde unmöglich gemacht durch das Generalfreitreiben der Kommunisten. Gewissenlos, ohne Rücksicht auf die Lage der Arbeiterklasse und des Verbandes, trieb man die rheinischen Seidenarbeiter in den Generalfreistreib, obwohl die Unternehmer eine Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit nicht gestellt hatten.

Mit Knüppeln und anderen Instrumenten bewaffnet sandte man Rollkommandos in die einzelnen Fabriken und nötigte die Arbeiter in den Streik.

Das verhinderte den Kleinkrieg am Rhein und im Reich.

Nur ein solcher versprach unter den gegebenen Umständen Erfolg, wenn ein Erfolg überhaupt erzielt werden konnte. Und immer weiter geht das Treiben: Jeder nach gewerkschaftlichen Grundfäden geführte Kampf wird verhindert. Man entsefelt Generalstreiks an allen Ecken des Reiches mit dem ausgesprochenen Zweck der Weitertriebung des Streiks zum bewaffneten Aufstand, zum Bürgerkrieg, zur Vernichtung; nach der Vernichtung Wiederaufbau. Proletarier der Textilindustrie: Ungarn, Italien, Russland sind warnende Beispiele.

Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern, das Maß ist voll!

Keine Langmut mehr in diesem Spiel der Zerstörung. Euer Verbandstag vom 16. bis 19. April d. J. rief es aus:

„Im Interesse der Textilarbeiter und ihrer Zukunft bis hierher und nicht weiter! Genug des grausamen Spiels! Wir, die Delegierten des Verbandstags – Angestellte des Verbandes und Tag für Tag in der Fabrik arbeitende Mitglieder – verlangen: Geschlossenheit der Organisation! Geschlossenheit um jeden Preis! Mit ihnen, den kommunistischen Mitgliedern, wenn sie wollen, ohne und gegen sie in rücksichtslosem Vorgehen, wenn sie sich widersetzen. Unschädlichmachen aller im Sinne der sogenannten Opposition arbeitenden verbandsfeindlichen Elemente!“

Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern! So urteilte der Verbandstag in Kassel. In rüder Weise reagierten die kommunistischen Vertreter. In rüder Weise treten sie auf in Ver-

Verbandsmitglieder! Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern! Hört die Stimme Eures Verbandstages! Schließt die Reihen!

lungen und Sitzungen. Messerstechereien und körperliche Mißhandlungen werden nicht gescheut. Ganze Filialen hat man vernichtet und die Vernichtung hingestellt als Werk der Verbandsleitung.

Über der Verband steht und seine Gesundheit schreitet fort. Die Tatsache, daß er eine solche Generalversammlung abhalten konnte, beweist es.

Der Verband wird stehen und siegen über seine Widersacher!

Große Umwälzungen vollziehen sich in der Welt. Neues ist entstanden, Neues gestaltet sich, Neues wird sich weiter gestalten – trotz alledem. In schnellem Tempo entfaltet sich die Wirtschaft der einen Hälfte der Erdkugel – Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Japan, selbst China – zum Kapitalismus. Die an Zahl gewaltigen Völker werden herausgerissen aus ihrem Stilleben und rücksichtslos mittels der im Kriege akkumulierten Kapitalien hineingerissen in den Strudel kapitalistischer Entwicklung. Aus den Rohstoffländern werden Industrieländer.

Kapitalistische Formen der Wirtschaft dort erzwingt höhere Formen der Wirtschaft auf der anderen Erdhälfte.

Arbeiter der Textilindustrie! Zeigt daß euch diese Tatsache und ihre Rückwirkungen auf Deutschland und eure Organisationen zum Bewußtsein gekommen sind.

Erwerben wir so durch Einsicht die Kraft zu entschiedenem Handeln. Wiedererkämpfung des achtstündigen Arbeitstages, Erweckung und Höherführung der Arbeiterinnen, Erweckung und Höherführung unserer Textilarbeiterjugend, Erweckung und Höherführung unserer Betriebsräte und vieles andere erfordert Eure organisierte Kraft. Nur im systematisch geführten organisierten Kampf könnt ihr vorwärtskommen.

Der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

- Carl Hübsch, Vorsitzender, Berlin.
- Hermann Jäckel, Vorsitzender, Berlin.
- Karl Schrader, Vorsitzender, Berlin.
- Otto Jehms, Kassierer, Berlin.
- Wilhelm Prillwitz, Kassierer, Berlin.
- Albin Reichel, Sekretär, Berlin.
- Josef Feinhals, Sekretär, Berlin.

- Fritz Schulze, Sekretär, Berlin.
- Hugo Rödel, Sekretär, Berlin.
- Hugo Dressel, Sekretär, Berlin.
- Ernst Kupke, Beisitzer, Forst.
- Wilhelm Jachow, Beisitzer, Cottbus.
- Wilhelm Natusch, Beisitzer, Finsterwalde.
- Math. Kirchner, Beisitzer, Schwiebus.

- Hermann Birkenhage, Beisitzer, Bielefeld.
- Max Linz, Beisitzer, Hannover.
- Margarete Raschke, Beisitzer, Brandenburg.
- Otto König, Beisitzer, Chemnitz.
- Emma Schilling, Beisitzer, Mühlhausen/Th.
- Robert Albrecht, Beisitzer, Cassel.
- Emma Seidel, Beisitzer, Grünberg.

Der Verbandsauschuß.

- Otto Schmidt, Gera.
- Werner Kadner, Gera.
- Christian Schrader, Hannover.
- Johannes Schmalz, Cassel.
- Heinrich Stolte, Hannover.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

- Hermann Bierwirth, Bielefeld.
- Paul Dör, Cottbus.
- Heinrich Kolbe, Cassel.
- Heinrich Matthies, Götlich.
- Karl Pöhlmann, Stuttgart.
- Chr. Schmidt, Gera.
- Oswald Struß, Ronsdorf.
- Edmund Wolfram, Zschopau.
- Alex Zwiebel, Bamberg.

- Alfred Apelt, Grünberg.
- Emil Batram, Spremberg.
- Max Bernert, Nylau.
- Friedr. Burthardt, Apolda.
- Anna Diemel, Hof.
- Wih. Fuchs, Crefeld.
- Rich. Gocht, Neugersdorf.
- Wih. Hennig, Osnabrück.
- Hugo Hilbig, Plauen.

- Bertha Hoffmann, Zittau.
- Gust. Kampmann, Haan.
- Wih. Kazmaier, Reutlingen.
- Gust. Kohlenberg, Salzgitter.
- Hedwig Maty, Landesbut.
- Paul Meichsner, Thalheim.
- Josef Mertens, M.-Glabbach.
- Max Nelson, Pulsnitz.
- Julius Niethammer, Sontheim.

- Oskar Reuter, Gelsenau.
- Ernst Richter, Chemnitz.
- Kurt Richter, Leipzig.
- Emma Riische, Reichenbach/Schl.
- Arthur Böhling, Treuen i. B.
- Otto Schubert, Lengenfeld i. V.
- Otto Schulz, Forst.
- Paul Schwarz, Greiz.
- Martha Tiesler, Berlin.
- Franz Wiedemann, Augsburg.

Arbeiterinnen-Sekretariat.

Martha Hoppe.

Gauleiter.

- Karl Schöller, Hannover.
- Ernst Edel, Cassel.
- Aug. Steinbrink, Barmen.
- Ferd. Hoshka, Stuttgart.
- Karl Schönleben, Augsburg.

- Albin Bresschneider, Gera.
- Hugo Sachse, Dresden.
- Otto Feitsch, Liegnitz.
- Franz Köhler, Berlin.

Die Delegierten der Generalversammlung.

- Herm. Bierwirth, Bielefeld
- Peter Ristner, Bielefeld
- Fritz Gerull, Bielefeld
- Heinr. König, Braunschweig
- Ernst Daus, Bremen
- Adolf Burgert, Delmenhorst
- Johann Berger, Delmenhorst
- Paul Frauböse, Hamburg
- Ernst Lange, Hamburg
- Hermann Becker, Hamburg
- Marianne Durschal, Hamburg
- Heinr. Stolte, Wülffel b. Hannover
- Emil Heider, Neumünster
- Gust. Kohlenberg, Salzgitter
- Erich Geste, Osnabrück
- Fritz Burghard, Apolda
- Fritz Sudenburg, Apolda
- Heinr. Kolbe, Cassel
- Gottlieb Gerlach, Hersfeld
- Otto Schubert, Mühlhausen i. Th.
- Otto Pfloß, Mühlhausen i. Th.
- Reinh. Gutberlet, Fulda
- Andreas Hermann, Eisenach
- Karl Eichhorn, Osterode
- Wih. Brügger, Göttingen
- Wih. Meier, Stadtholzenndorf
- Leonhard Gerach, Aachen
- Johann Theisen, Aachen
- Wih. Fuchs, Crefeld
- Aug. Thür, Crefeld
- Theodor Schäfer, Crefeld
- Katharina Gobbers, Crefeld
- Mag. Fabricius, Eibersfeld
- Ewald Gerhards, Eibersfeld
- Frau Hollmann, Eibersfeld
- Herm. Schlüntes, Grefrath
- Konrad Mahke, Gronau
- Wih. Pannhuis, Gummersbach
- Gust. Kampmann, Haan
- Walter Kamm, Kettwig
- Paul Vater, M.-Glabbach
- Josef Mertens, M.-Glabbach
- Emma Heije, M.-Glabbach
- Jakob Maibaum, Rheydt
- Janßen, M.-Glabbach
- Küsters, Obentirchen
- Andreas Simon, Rheine
- Rich. Breitschneider, Biersen
- Wih. Istrikky, Hückeswagen
- Th. Wachendorf, Düren

- Schummers, St. Lönis
- Gust. Krüger, Bocholt
- Paul Köhler, Nordhorn
- Rob. Lenßen, Schüttorf
- Albert Gauggel, Ebingen
- Herm. Wild, Heidenheim
- Franz Schuff, Kaiserslautern
- Emil Sütterle, Schopfheim
- Alfred Rüdell, Mannheim
- Gottlob Siegmund, Reutlingen
- Wih. Kazmaier, Honau
- Johannes Danne, Reutlingen
- Reinhold Hader, Reutlingen
- Sofie Döhring, Stuttgart
- Karl Pöhlmann, Stuttgart
- Marie Fritz, Waiblingen
- Karl Schairer, Stuttgart
- Rich. Sellmer, Ulm a. d. D.
- Gottlob Lotterer, Urach
- Fritz Becker, Waldkirch
- Johanna Kolb, Waldkirch
- Georg Schwarz, Vietingheim
- Karl Morlock, Ehlingen
- Paul Hörnle, Calw
- Julius Niethammer, Sontheim
- Michael Haug, Hechingen
- Albert Wagner, Säckingen
- Julius Prugel, Wangen (Allgäu)
- Kaver Groß, Augsburg
- Franz Wiedemann, Augsburg
- Elise Nuffelt, Augsburg
- Karl Schönleben, Augsburg
- Paul Hübler, Augsburg
- Alex Zwiebel, Bamberg
- Johann Goller, Bayreuth
- Georg Schneider, Erlangen
- Chr. Leopold, Helmbrechts
- Anna Diemel, Hof
- Mag. Rathel, Hof
- Johann Ernst, Hof
- Josef Wieser, Immenstadt
- Hugo Kirchner, Kempten
- Georg Jahreis, Kulmbach
- J. Hann Frisch, Wunsiedel
- Nikol Reuther, Münchenberg
- Adolf Drechsel, Naila
- Ad. Weinberger, Kolbermoor
- Mathias Müller, Bäumenheim
- Marie Heinerl, München
- Franz Hader, Püffen

- Josef Nebelmeier, Weißenburg
- L. Bachmeier, Nürnberg
- Chr. Schmidt, Gera
- Aug. Springer, Gera
- Hugo Schönfeld, Greiz
- Paul Schwarz, Hermannsgrün
- Otto Schulze, Eifterberg
- Emma Phenn, Pöhlitz
- Franz Malcher, Weida
- Alfred Rathner, Zeulenroda
- Herm. Weber, Altenburg
- M. Rodtäschel, Langenberg (Reuß)
- Otto Sittig, Ronneburg
- Johannes Ralich, Baußen.
- Martin Hermann, Buchholz
- Emil Hähnel, Buchholz
- Fritz Winkler, Burgstädt
- Arno Göbels, Burgstädt
- Guido Ullig, Burkhardsdorf
- Emil Geiler, Callenberg i. S.
- Elisabeth Böhme, Chemnitz
- Albin Ender, Chemnitz
- Herm. Florshüh, Chemnitz
- Edmund Gräf, Chemnitz
- Frida Haberborn, Chemnitz
- Elsa Leopold, Chemnitz
- Hellmut Ludwig, Chemnitz
- Irma Müller, Chemnitz
- Ernst Richter, Chemnitz
- Otto Rudolph, Gröna
- Joh. Schmiel, Chemnitz
- Jos. Philipp, Crimmitschau
- Alfred Meier, Crimmitschau
- Herm. Frieße, Niedersiedlich
- Gust. Richter, Dresden
- Otto Meinel, Falkenstein i. B.
- Karl Rudnick, Frankenberg i. S.
- Emil Dettel, Gelsenau
- Guido Ullig, Gelsenau
- Oskar Reuther, Gelsenau
- Bernh. Schmugler, Glauchau
- Herm. Leifstner, Glauchau
- Mag. Schaufuß, Großschönau
- Emil Gerlach, Hainichen
- Emil Weiß, Hohenstein-Ernstthal
- Herm. Gammel, Jahnndorf
- Karl Schippel, Neutkirchen
- Karl Reichelt, Kirchberg
- Aug. v. d. Berg, Kirchschau i. S.
- Elise Berger, Oberneufkirch

- Franz Stolle, Schirgiswalde
- Georg Panzer, Leipzig
- Alex Rager, Leipzig
- Anna Borggold, Leipzig
- Peter Schroers, Leipzig
- Elise Rasper, Lindenau
- Arthur Böhling, Treuen i. B.
- Herm. Domisch, Lengenfeld
- Herm. Seipt, Leubsdorf i. S.
- Rob. Zscherp, Lichtenstein-C.
- Albert Grunewald, Lichtenstein-C.
- Albin Adler, Löbau
- Fritz Halmer, Lunzenau
- Paul Funke, Meerane
- Paul Lauterbach, Neßschau i. B.
- Karl Schirmer, Neßschau i. B.
- Frida Kühnel, Neugersdorf i. S.
- Arthur Hübner, Neugersdorf i. S.
- Oswald Liebchen, Ebersbach
- Heinr. Richter, Neugersdorf i. S.
- Robert Sahlmann, Oberlungwitz
- Herm. Martin, Oelsnitz i. B.
- Wih. Lucke, Neusalza-Spremberg
- Rob. Bunzel, Ostriß
- Georg Rohlmus, Plauen i. B.
- Franz Mülliger, Plauen i. B.
- Gertrud Kunst, Plauen i. B.
- Oskar Seif, Plauen i. B.
- Herm. Linke, Pulsnitz
- Paul Schöber, Bischofswerda
- Friedrich Hähler, Reichenau i. S.
- Martha Georgi, Reichenbach i. B.
- Alfred Müller, Reichenbach i. B.
- Albert Reuther, Gablenz
- Johannes Franz, Thalheim
- Paul Reichsner, Thalheim
- Wilhelmine Preusche, Werbau
- Kurt Beck, Werbau
- Ernst Rascher, Werbau
- Paul Kohl, Wittgensdorf
- Herm. Brückner, Zittau
- Adolf Hadelberg, Niederoderwitz
- Willy Parhsch, Zschopau
- L. Schaarschmidt, Zschopau
- Edmund Wolfram, Zschopau
- Adolf Dobbert, Großenhain
- Emil Gründig, Zschach
- Mag. Helfricht, Freiberg i. S.
- Emil Schuster, Geyer

- Reinhard Effenberger, Hirschfelde
- Kurt Hahn, Roßwein
- Herm. Gütler, Breslau
- Heinr. Matthies, Götlich
- Karl Lindner, Grünberg
- Alfred Apelt, Grünberg
- Jos. Hermann, Langenbielau
- Paul Höhl, Langenbielau
- Josef Lang, Langenbielau
- Arthur Sauer, Langenbielau
- Karl Ruffjan, Lauban
- Bruno Schumann, Liegnitz
- Paul Gläser, Marklissa
- August Kramer, Neurode
- Heinr. Büde, Neusalza a. d. D.
- Gust. Kinner, Reichenbach i. Schl.
- Martha Strauß, Reichenbach i. Schl.
- Paul Schülze, Reichenbach i. Schl.
- Jos. Rieger, Sagan
- Rich. Fröhche, Wüstegiersdorf
- Rob. Keimann, Zillertal
- Heinr. Weiß, Neustadt (O.-Schl.)
- Mois Mücke, Oppeln
- Wolfram, Messersdorf
- Berta Friebla, Bunzlau
- Karl Stief, Friedeberg a. Du.
- Martha Tiesler, Berlin
- Mag. Gruhl, Berlin
- Otto Köpfel, Berlin
- Willy Balke, Berlin
- Franz Drescher, Brandenburg
- Paul Dör, Cottbus
- Wih. Jachow, Cottbus
- Paul Gnade, Forst
- Barber, Forst
- Otto Schulz, Forst
- Paul Winkler, Forst
- Mag. Hoffmann, Guben
- Heinr. Korn, Landsberg a. d. B.
- Karl Bode, Ludenwalde
- Kurt Schön, Sommerfeld
- Emil Müller, Sorau
- Ru. Käbiger, Sorau
- Peter Penczynski, Spremberg
- Emil Batram, Spremberg
- Karl Demann, Burg
- Emma Büstling, Calbe a. d. S.
- Paul Gorn, Neubamm
- Wih. Natusch, Finsterwalde